

4.Beiblatt
268/J

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

27.Oktober 1948.

A n f r a g e

der Abg.L u d w i g, P r i n k e, G r u b h o f e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend die Regelung der Pensionistenfrage.

---.---.---

Zu wiederholten Malen wurde vom Nationalrat an das Bundesministerium für Finanzen das dringende Ersuchen gerichtet, die Regelung der Pensionistenfrage in Angriff zu nehmen, es wurden Zusagen gemacht, ohne daß bis heute ein Fortschritt zu bemerken ist. Nach wie vor hört man Klagen der verschiedenen Gruppen der Alt- und Neupensionisten, man kann die Bezüge der Altpensionisten kaum mehr als Ruhegenuß bezeichnen, sie stellen bestenfalls kärgliche, unzureichende Gnadengaben dar. An die Mitglieder des Nationalrates und an den Ausschuß für Verwaltungsreform wurden immer wieder Zuschriften gerichtet, in denen die so lange versprochene Reform mit wachsender Ungeduld verlangt wird. Lange Zeit erhielten die Altpensionisten nur Vorschüsse, die rückbehaltenen Bezüge wurden bis 1.Jänner 1946 einem Teile der Altpensionisten nachbezahlt, über den Rest sind Bescheide des Bundesministeriums für Finanzen, Z. 52.378-23/1948, ergangen, in denen ausgeführt wird: "... dass Nachzahlungen auf die erhaltenen Vorschüsse auf Grund der ergangenen Erlasse nur bis einschließlich Jänner 1946 geleistet werden. Darüber hinaus können Nachzahlungen nicht flüssig gemacht werden." Das ist ein unmöglicher Zustand, er ergibt sich vor allem aus der Tatsache, daß trotz aller Resolutionen in Versammlungen und darauf erfolgten Zusagen noch immer keine entscheidenden Schritte zur Regelung der Pensionistenfrage unternommen wurden. Das Bundesministerium für Finanzen wird gebeten, die hier angeführten Fälle einer sofortigen Überprüfung zu unterziehen und des weiteren die sozialen Verhältnisse auf dem Gebiete des Pensionistenrechtes ehestens zu beseitigen. Abschließend sei bemerkt, daß die vielgegliederte Verwaltung dieses Zweiges außerdem eine überflüssige Belastung des Budgets darstellt und eine moderne Reform wahrscheinlich die aus der Reform der Pensionistenfrage erwachsenden Kosten wesentlich herabdrücken wird.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Regelung der Pensionistenfrage umgehend in Angriff zu nehmen und

welche Maßnahmen gedenkt der Herr Bundesminister zur Beseitigung der vorangeführten Zustände zu ergreifen?

---.---.---.---